

Lampertheimer Zeitung vom 05.05.2004

"Dietzel: Wir halten an Zielen fest"

Stadt und Land unterzeichnen Vereinbarung über Sanierung von Neuschloß

red. LAMPERTHEIM "Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt für die Sanierung der bewohnten Altlast in Neuschloß getan", betonte der Hessische Umweltminister Wilhelm Dietzel gestern in Wiesbaden. Dietzel unterzeichnete gemeinsam mit Bürgermeister Erich Maier eine Vereinbarung über die Sanierung des ehemaligen Betriebsgeländes der Chemischen Fabrik Neuschloß.

"Die Sanierung der bewohnten Altlast in Lampertheim-Neuschloß hat für das Land Hessen hohe Priorität. Trotz der schwierigen Haushaltslage will das Land dieses Projekt im vorgesehenen Zeitrahmen verwirklichen", bekräftigte Umweltminister Wilhelm Dietzel.

Bei der Vereinbarung handelt es sich um den insgesamt dritten Vertrag, den Stadt und Land für die Sanierung in den letzten Jahren geschlossen haben. In einer ersten Vereinbarung hatte die Stadt im März 2002 zugesagt, die Kosten für Außenanlagen, wie beispielsweise Gärten oder Terrassen, zu übernehmen und damit die Eigentümer der Grundstücke zu entlasten. Über Grundlagen der weiteren Zusammenarbeit wurde im Januar 2003 Einigung erzielt: Dietzel und Erich Maier unterzeichneten eine "Gemeinsame Erklärung von Stadt und Land zum weiteren Vorgehen bei der Sanierung von Altlasten". Wichtige Fragen, insbesondere zur finanziellen Beteiligung der Stadt an den Sanierungskosten, bedurften aber noch der Konkretisierung.

Mit der jetzt abgeschlossenen Vereinbarung werden diese noch offenen Punkte abschließend geregelt. Die Stadt Lampertheim erkennt dabei an, dass sie für die Sanierungskosten derjenigen Grundstücke aufzukommen hat, die in ihrem Eigentum stehen. Ferner ist sie bereit, zur Erledigung etwaiger Haftungsansprüche wegen der Zulassung der Bebauung und der Veräußerung von Baugrundstücken in den 1980er Jahren einen weiteren Betrag zu übernehmen. Mögliche Haftungsansprüche der lokalen Grundstückseigentümer hatte sich das Land bereits 2002 abtreten lassen. Nunmehr verzichtet es angesichts der städtischen Zahlung darauf, diese Forderungen geltend zu machen. Damit erhält die Stadt Rechtssicherheit.

Insgesamt betragen die Sanierungskosten für die Bodensanierung 46,5 Millionen Euro. Davon trägt die Stadt 10,2 Millionen Euro.